

Medienkonferenz 9. November 2016

Redebeitrag Karin Thomas
Präsidentin VPOD Bern und Pflegeexpertin am Spitalzentrum Biel

VPOD sagt Nein zum falschen Rezept

Obwohl sie verlockend tönt, lehnt der VPOD die Spitalstandortinitiative ab. Wie kommt die Gewerkschaft für das Personal im Gesundheitswesen und die Gewerkschaft, die sich immer vehement für einen guten Service public und gute Arbeitsbedingungen einsetzt zu diesem Schluss?

Die Initiative ist eine Mogelpackung: Sie fördert eine gute Spitalversorgung nicht und sie hilft auch dem Gesundheitspersonal nicht. Im Gegenteil, sie gefährdet eine zukunftsgerichtete und qualitativ hochstehende Akutversorgung und sie wird – wegen dem Kostendruck, den sie auslösen wird – die Arbeits- und Lohnbedingungen in allen Spitälern des Kantons Bern von Interlaken über Burgdorf und Langenthal, über das Spitalzentrum Biel und bis Moutier verschlechtern. Dazu muss eine Gewerkschaft NEIN sagen!

Wir begleiten die Entwicklungen im Gesundheitswesen seit Jahren und sind deshalb überzeugt, dass es für eine gute Spitalversorgung im ganzen Kanton andere Lösungen als die Zementierung von Spitalstrukturen braucht: Eine gute Notfall- und Grundversorgung für die ganze Bevölkerung ist nicht notwendigerweise an heutige Spitalstandorte gebunden. Selbstverständlich müssen in allen Regionen integrierte Formen der Grundversorgung und ein schneller Rettungsdienst rund um die Uhr aufgebaut werden. Es braucht in allen Gebieten bestens aufgestellte ambulante Grundversorgungs- und Notfalldienste mit angeschlossener orthopädischer Chirurgie falls sich dies regional als sinnvoll erweist. Spitexdiensten, Physiotherapie und Lösungen wie Geburtshäuser mit gynäkologischer Unterstützung (wie das jetzt in Zweisimmen realisiert wird) gehören zu diesem Angebot.

Für diese innovative Weiterentwicklung einer guten regionalen Versorgung soll der Kanton Geld ausgeben: Um Geburtshäuser zu finanzieren, um den Rettungsdienst auszubauen.

Für diese sinnvollen Angebote braucht es auch weiterhin qualifiziertes Personal. Fachfrauen und -männer in der Pflege und Medizin-Technik und -Therapie werden also auch weiterhin attraktive Arbeitsplätze in ihrer Region finden.

Dafür soll der Kanton Geld ausgeben: Um in diesen Grundversorgungsangeboten attraktive Arbeitsplätze anzubieten, mit den gleichen Lohn- und Anstellungsbedingungen wie in den Zentren, mit Ruhezeiten, die eingehalten werden und verlässlichen Einsatzplänen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Wenn wir hingegen alle Spitäler in der jetzigen Form aufrechterhalten, führt das dazu, dass die Arbeits- und Lohnbedingungen aller Angestellten in allen Spitälern des Kantons noch mehr unter Druck kommen und das wird dazu führen, dass die Spitäler noch mehr Mühe haben werden, Personal zu finden.

Noch ein weiterer Aspekt zum Spitalangebot als Aufgabe der öffentlichen Hand: Auch einem guten Service public schadet die Initiative. Sie bewirkt wegen den hohen Erhaltungskosten, dass die Mittel für alle öffentlichen Spitäler, nicht nur bei den Landspitalern, sondern auch für die Spitäler in den Städten noch knapper werden.

Leider fehlt uns der Glaube, dass ausgerechnet die Partei aus deren Umfeld die Initiative stammt, im Kantonsparlament die nötigen Mittel sprechen wird, um Spitalleistungen zu finanzieren, die national als nicht versorgungsnotwendig taxiert werden, sondern aus regionalpolitischen Interessen aufrechterhalten werden müssen.

Die Initiative trägt also in keiner Weise dazu bei, dass die öffentliche Gesundheitsversorgung gestärkt wird. Die Spitalstandortinitiative zwingt nur die öffentlichen Spitäler zum Strukturhalt und hindert nur sie an einer zukunftssträchtigen Entwicklung. Währenddessen können die Privatspitäler weiterhin nach ihrem Gutdünken lohnende Angebote ausbauen und ihren Anteil an der Spitalversorgung erhöhen. In den ländlichen Regionen werden die Privaten kaum in die Lücke springen. Diese Versorgung in den Regionen ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand, sprich des Kantons. Dafür soll der Kanton selbstverständlich Steuergelder ausgeben. Aber wir wollen innovative Projekte, die Sinn machen und nicht Häuser zementieren, die von der Bevölkerung nicht genügend genutzt werden.

Fazit: Die Spitalstandortinitiative ist das falsche Rezept, um auch in Zukunft im ganzen Kanton eine gute Spitalversorgung sicherzustellen. Weder die finanziellen noch die personellen Bedingungen sind gegeben. Der VPOD will qualitativ gute Spitäler für alle Regionen mit besten Arbeitsbedingungen für alle Spitalangestellten. Das gewährleistet die Initiative nicht, und deshalb ist sie abzulehnen.